



POLISH LEAGUE AGAINST DEFAMATION

00-950 Warszawa, ul. Kopernika 30 lok. 537

Poland

KRS 0000486992

Board: prof. Piotr Gliński, mec. Wiesław Johann, prof. Andrzej Nowak, Tadeusz M. Płuzański, Józef Orzeł

President and Founder: Maciej Świrski

Beunruhigt beobachten wir Diskussionen auf internationaler Ebene, die sich auf eine angebliche Gefährdung der Demokratie in Polen unter der Regierung der Partei Prawo i Sprawiedliwość [Recht und Gerechtigkeit] (PiS), den Angriff auf den Verfassungsgerichtshof (TK), die „Aneignung des Staates“ beziehen. Von einigen Massenmedien werden Meinungen über die „Annahme der Standards von Putin im öffentlichen Leben“ verbreitet. Diese Gerüchte haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun, tragen aber dazu bei, ein negatives Erscheinungsbild von Polen zu schaffen. Darüber haben wir die internationale Öffentlichkeit mehrmals in Kenntnis gesetzt.

Der Sieg von Andrzej Duda in den Präsidentschaftswahlen und eindeutiger Sieg von PiS in Parlamentswahlen sowie Erfolg von Kukiz15-Bewegung bedeuteten das Symbol der Hoffnung von Polen auf die weitgehenden Reformen des Staates. Die in den Meinungsumfragen dauernde große Unterstützung für PiS und sogar ihr Anstieg bestätigen, dass die Mehrheit der Gesellschaft die jetzigen Änderungen in Polen akzeptiert und den Regierenden Vertrauen schenkt. Die früher regierende Partei, Platforma Obywatelska [Bürgerplattform] (PO), kann sich bis jetzt mit dem Urteil der Wähler nicht abfinden. Durch viele Jahre in dem Staat dauerte der Prozess, den man als Oligarchisierung am besten bezeichnen kann. Dieser Prozess hat zu der Situation geführt, in der verschiedene Interessengruppen im Namen der demokratischen Institutionen und der demokratischen Grundsätze die für das Funktionieren des Staates wesentlichen Entscheidungen getroffen haben. Die Angst vor Verlieren durch diese Gruppen der privilegierten Position in Medien, Wirtschaft und Verwaltung ist eben die wirkliche Ursache der gegenwärtigen regierungsfeindlichen Protesten in Polen. Sie haben nichts zu tun mit der angeblichen Gefährdung der Demokratie. Das ist das künstliche Erregen der Emotionen, ohne Benennung der konstruktiven Lösungen. Die Tätigkeiten, die die in demokratischen und unabhängigen Wahlen gewählten Regierenden jetzt aufnehmen, sollen dazu dienen, dass die Gerichte und die Massenmedien den Willen der Wähler besser widerspiegeln. Das ist auch Wiederherstellung des Wertesystems, das mit unserer Tradition und unserer kulturellen Identität übereinstimmt. Freiheit und Demokratie sind unsere Schlüsselwerte.

Die jetzige politische Diskussion dreht sich um den Verfassungsgerichtshof [*Trybunał Konstytucyjny (TK)*] – es geht um die Wahl und die Verteidigung der TK-Mitglieder und die gesetzlichen Änderungen.

Der Angriff auf die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofes ist passiert, als im Juni 2015 kurz vor dem Ende der Legislaturperiode des Sejms das ehemalige Regierungslager, gegenüber der Bedrohung der Niederlage in Parlamentswahlen, das Gesetz über TK (sog. Juni-Gesetz) vorbereitet und verabschiedet hat. Bei der Vorbereitung des „Juni-Gesetzes“ haben zwei Richter von TK, mit dem Präsidenten von TK an der Spitze aktiv teilgenommen. Damit wurde das Recht verletzt – Art. 178 Pkt. 3 der polnischen Verfassung lautet nämlich: „Ein Richter darf weder einer politischen Partei oder einer Gewerkschaft angehören noch eine öffentliche Tätigkeit ausüben, die mit den Grundsätzen der Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter nicht vereinbar ist“.

Gerade aufgrund dieses Gesetzes, das in dem ehemaligen Parlament mit den Stimmen der Abgeordneten von PO, PSL und SLD abgestimmt wurde, wurden neue TK-Mitglieder noch vor dem Amtszeitende deren Vorgänger (!) berufen. Die Berufung der Richter, die erst das nächste Parlament durchführen sollte, war die mit der Verfassung nicht übereinstimmende

Handlung (was TK in dem neuesten Entscheid selbst bestätigt hat) und bildete den Angriff auf den Mechanismus, der den Pluralismus des Verfassungsgerichtshofes garantiert, welcher ihre Unabhängigkeit begründet.

Die Situation, welche infolge der o.g. Tätigkeiten der ehemaligen Behörden der Republik Polen entstand, verursachte, dass Andrzej Duda und das neue Parlament eine Lösungen finden mussten, um den tatsächlichen Ordnungsschutz von TK wiederzubringen.

Die polnischen Behörden haben sich in dieser Sache an die Venedig-Kommission als Beratungsorgan des Europa-Rates gewendet. In der ersten Hälfte März hat die Kommission das Gutachten über die Situation des Verfassungsgerichtshofes in Polen angenommen und die entsprechenden Empfehlungen erteilt. Das Regierungslager realisiert sie jetzt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Kommission Frans Timmermans hat während seines Besuchs in Polen, am 5 April 2016 darauf aufmerksam gemacht, dass alle Konfliktseiten die Fertigkeit zum Dialog und zur Suche nach Lösungen ausdrücken. Auch der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland hat sich am letzten Montag, den 4 April, mit Präsidenten Andrzej Duda, Premierministerin Beata Szydło, Sejmvorsitzenden Marek Kuchciński, Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, Vizepremier und Kulturminister Piotr Gliński und mit dem Außenministeriumvorsitzenden Witold Waszczykowski bezüglich dieser Angelegenheit getroffen. Er meint, dass das TK – Problem in polnischem Parlament gelöst werden soll.

Durch die Journalisten nach der Rolle der Opposition bei der Kompromissuche und nach der Parlamentsmehrheit von PO [Bürgerplattform] gefragt, welche die Mehrheit in ehemaligem Parlament hatte und ihre Kandidaten zu TK-Richtern durchgesetzt hat, sagte Jagland, dass TK die Verantwortung der ehemaligen Parlamentsmehrheit in seinem Urteil festgestellt hat. Er hatte die Meinung, dass die durch Sejm der ehemaligen Regierungszeit durchgeführte Wahl von zwei Richtern, verfassungswidrig war. Er betonte, dass, nach der Meinung von Venedig-Kommission, die drei von dem früheren Parlament genannten TK-Richter, rechtmäßig ausgewählt wurden.

Gemäß den Empfehlungen der Venedig-Kommission, schon am letzten Donnerstag, am 31 März, haben sich aus Initiative des PIS [Recht und Gerechtigkeit] –Präsidenten Jarosław Kaczyński die Parteiführer von acht Parteien getroffen. Der politische Dialog hat begonnen. Gleichzeitig haben die Arbeiten des Sachverständigenteams angefangen, das durch den Sejmvorsitzenden berufen wurde. Er sollte die Situation mit TK und den Gutachten der Venedig-Kommission einschätzen. Jarosław Kaczyński hat nach dem Treffen mitgeteilt, dass Sejm die Arbeiten an dem neuen TK-Gesetz angefangen hat, was die Kompromisslösung und das Nachkommen den Anträgen der Venedig-Kommission bedeutet.

Das Erreichen der Übereinstimmung erfordert Zeit und Ruhe.

Die Erregung der krankhaften Emotionen bzw. Ausübung des Druckes helfen dabei sicher nicht. Polen hat in seiner neuesten Geschichte gezeigt, dass es die fraktionsübergreifenden Verständigungen erreichen kann.

„Polen steht jetzt angesichts der inneren Kämpfe und der Änderungen in der Region und in der ganzen Welt. Ich denke, wir alle sind davon überzeugt, dass Polen zum richtigen Ergebnis kommt - ich denke an unsere gemeinsamen Werte: Herrschaft des Rechts, Achtung der Demokratie und der Repräsentativdemokratie“ – sagte während des Besuchs in Polen der Vertreter des USA-Kongress David Cicilline, Demokrat von Rhode Island.

Die 8 Jahre dauernde Amtszeit der regierenden Koalition von Bürgerplattform (PO) und Polnischer Volkspartei (PSL) kann man mit der Feststellung beschreiben, dass die Regierenden den Staat (seine Institutionen und Vorräte) sowie das Geld der Steuerzahler als ihr Privateigentum betrachtet haben. Die Politik der letzten 8 Jahre hat mit sich die ernsten sozialen und ökonomischen Folgen gebracht. Bei dem wachsenden BIP und wachsenden mittleren Einkommen haben sich die innere Nachfrage und Budgeteinnahmen von den MwSt-Beiträgen verringert und die Schuld der Haushalte sowie die Schicht der Armut sind gewachsen. Die früher regierende Koalition hat dazu noch ungeachtet der Zahl der gesammelten Vorschriften, soziale Volksabstimmungsanträge und soziale Gesetzentwürfe abgelehnt. Sie hat die Anträge ignoriert, die bei den sozialen Konsultationen bei den Regierungsgesetzentwürfen entstanden sind. Das war eben das Bestreiten der Demokratieprinzipien.

Als der Staat, der das Recht und die allgemein akzeptierten Standards in der europäischen Zivilisation beachtet, können wir die falschen Informationen oder Halbwahrheiten schweigend nicht annehmen, welche die internationale Öffentlichkeit irreführen und den guten Ruf Polens und der Polen schädigen.

Die Vorsehbarkeit und Stabilität unseres Landes hat die besondere Bedeutung gegenüber den

Bedrohungen, die jetzt die Europäische Union ankämpft. Das ist auch der sehr wichtige Gesichtspunkt im Zusammenhang mit den ankommenden Ereignissen in Polen – NATO-Gipfel und Weltjugendtagen.



Fundacja Reduta Dobrego Imienia – Polska Liga Przeciw Zniestawieniom (RDI), [Verteidigung Guten Rufes-Stiftung – Polnische Anti-Verleumdungsliga] handelt gemäß ihrer Satzung für die Verbreitung des Wissens über die Geschichte und Kultur sowie die Gegenwart Polens, unternimmt Initiativen und **Aktivitäten, die der Entwicklung und Stärkung der Meinungen dienen, um ein aktives Zusammenwirken im Entwicklungsprozess einer Zivilgesellschaft zu entfalten.** Zu den Zielen der Stiftung gehört auch das Bekämpfen des

Rassismus und Fremdenhass **gegen die Polen und polnische Staatsangehörige** unabhängig von ihrer Herkunft.

Die Stiftung initiiert und unterstützt Handlungen, die in den Massenmedien auftretende und unwahre Informationen über die Polens Geschichte, insbesondere über den Verlauf des 2. Weltkrieges, die Kriegsbeteiligung der Polen, die Haltung der Polen gegenüber der jüdischen Nation, sowie über deutsche Konzentrationslager korrigieren sollen.